

Der Gesellschafter.

Amts- und Anzeige-Blatt für den Oberamts-Bezirk Nagold.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage.
Preis vierteljährlich hier 1 M., mit Zehnerlohn 1.20 M., im Reichs- und 10 km-Bereich 1.25 M., im übrigen Württemberg 1.35 M., Monatsabonnements nach Verhältnis.

Anzeigen-Gebühr f. d. 1. Spalte Zeile aus gerechnet. Schrift oder deren Name bei 1mal. Einrückung 10 G. bei mehrmaliger entsprechendem Rabatt.
Mit dem Waidenbüchlein und Schwab. Landwirt.

Verantwortlicher Hr. 20.

82. Jahrgang.

Verantwortlicher Hr. 20.

Nr. 263

Montag den 9. November

1908

Amthliches.

Amtsgericht Nagold.

Gemäß § 12 der Dienstvorschriften für die Amtsgerichte wird hiemit öffentlich bekannt gemacht, daß vom 1. Januar bis 31. Dezember 1909

- Die ordentlichen Sitzungen des Schöffengerichts am

7. 14. 21. 28. Januar	1. 8. 15. 22. 29. Juli
4. 11. 18. 25. Februar	5. 12. 19. 26. August
4. 11. 18. 25. März	2. 9. 16. 23. 30. Sept.
1. 8. 15. 22. 29. April	7. 14. 21. 28. Oktober
6. 13. 27. Mai	4. 11. 18. 25. November
3. 17. 24. Juni	2. 9. 16. 23. 30. Dezbr.
- Die ordentlichen Sitzungen der Richter am Dienstag jeder Woche mit Ausnahme der auf diese Tage fallenden Feiertage oder Bürgerfeste; Feiertage abgehalten werden.
- Der ordentliche Gerichtstag, an welchem mündliche Aufträge und Gesuche bei einem Amtsrichter vorgebracht, Anträge und Gesuche im Protokoll des Gerichtsschreibers vorgebracht und Verhandlungen gemäß § 500 der Civ.-Proz.-O. gepflogen werden können, am Samstag mit Ausnahme der auf denselben fallenden Feiertage oder Bürgerfeste.
- Der Gerichtstag in Klaffenfeldt bei an einem Montag und zwar am 11. Januar, 8. Februar, 8. März, 5. April, 3. Mai, 7. Juni, 12. Juli, 20. September, 18. Oktober, 15. November, 13. Dezember.

Nagold, den 4. November 1908.
Stiegel
Landgerichtsrat.

Am 6. Nov. ist von der Evangelischen Oberkirchenbehörde eine Vollversammlung in Verbindung mit dem Seminarlehrer Friedrich Klein in Nagold abgehalten worden.

Politische Uebersicht.

Neue Interpellationen. Die Zentrumsfraktion des Reichstages hat zwei neue Interpellationen eingebracht. In der ersten wird der Reichskanzler befragt, welche Maßnahmen er zu ergreifen gedauere, um den großen Schäden der auf dem gewerblichen Gebiete bestehenden Arbeitslosigkeit entgegenzutreten. In der zweiten wird der Reichskanzler darüber am Auswurf erfragt, ob es ihm bekannt sei, daß durch „Schwarzarbeit“ und ähnliche Verleumdungen Arbeiter und Privatangehörige im Fortkommen gehindert werden und was er zu tun gedauere, um solche Maßnahmen, die der Freiheit des Arbeitererwerbs oder der Koalitionsfreiheit entgegenstehen, zu unterbinden. Die sozialdemokratische Fraktion wünscht vom Kanzler zu erfahren, welche Maßnahmen er zu ergreifen gedauere, um den Folgen der wirtschaftlichen Krise (Betriebsstillstellungen, Lohnkürzungen, Arbeitsverlustrungen) zu begegnen und dem dadurch hervorgerufenen und durch die hohen Lebensmittelpreise gesteigerten Notstande weiter Volksschichten entgegenzutreten.

Der Zwischenfall von Casablanca und die Haltung der beteiligten Regierungen beschäftigt besonders die französische Presse in umfassender Weise. Daß es für die

bei auf eine Reihe Unrichtigkeiten nicht auskommt, daß sie das Verhalten der an dem Zwischenfall schuldigen Franzosen in ein möglichst günstiges Licht zu rücken sucht, braucht nicht weiter wunder zu nehmen. Das rügt auch die Nordd. Allg. Ztg., die schreibt, die Pariser Presse würde in ihrem eigenen Interesse zweifelndig handeln, wenn sie sich bei ihren Betrachtungen über die Lage vollkommener Sachlichkeit befleißigte. Die diplomatischen Unterhandlungen sind anscheinend noch nicht weiter gediehen. In dem letzten Streifen beider Blätter ist man jedoch der Auffassung, daß sich eine friedliche Beilegung des Streitfalles ermöglichen lasse.

Die Lage auf dem Balkan ist ansonst unverständlich. Auch die Beziehungen der Großmächte zu einander sind dieselben geblieben und ansonst beizubehalten. Das gilt besonders für D. Frankreich und England. Das politische Barometer in Serbien zeigt ansonst auf „Beruhigung“: keine Lebensbedrohungen, morgen Kriegsgeschrei. Die Berichterstattung hat sich die Kriegszeit in diesen Tagen wieder gestellt. Die türkische Presse heult von neuem und schwärmt dem Volke vor, daß Serbien von England material, von England moralisch unterstützt werde. Wie verlorien werden umfassende militärische Maßnahmen getroffen. In Salowitz sind 193 für Serbien bestimmte Geschütze angekommen. Ob die Türkei die Landung und Durchführung durch türkisches Gebiet erlauben wird, erscheint fraglich. Ein Verbot wäre nach Lage der Dinge wohl zu wünschen.

Aus Judien kommt die Antwort auf die Vorfrage des Königs von England aus Anlaß des Jubiläum der heiligen Dreieinigkeit: Die Zeitung „Jugantar“, die in Kalkutta zweimal verbotens wurde, erscheint jetzt in der französischen Übersetzung Chanderaner. Sie fordert die Begebenheit zur Abschaffung der Garapher auf und legt, der einzige Abonnementspreis, den sie verlange, sei, daß ihr jeder Heft des Hauptstadt Garapher bringe. Es ist noch unbekannt, welche Maßnahmen die französische Regierung dem gegenüber ergreifen wird.

Eine dem Schah von Persien aus Tadschik telegraphisch zugesandene Bitte, der Bevölkerung Kirgisland Schutz zu gewähren und sie zu den Reichsbehörden zuzulassen, ist von den Ministern Russlands und England nicht beantwortet worden. Ferner bringen die Meldungen aus Beskantschana der Bevölkerung des neuen Wabgebiets, damit die Eröffnung des Parlaments am 14. November erfolgen kann.

Die innere Krise.

Herr Bölow bracht Schöpfung.

Die Begründung der Interpellationen beschäftigt Berlin, 7. Nov. Wir hören, läßt das Befinden des Fürsten Bölow zur Zeit zu wünschen übrig, so daß die Verhandlung der Interpellationen über die Berufsstellungen in der englischen Presse seine öffentliche Kraft mehr als wünschenswert in Anspruch nehmen dürfte, sofern alle fünf Interpellationen nacheinander in längerer Rede begründet werden sollen. Wie man hört, ist von zehntägiger Stelle mit den einzelnen Fraktionen bereits Fühlung genommen worden, um eine angemessene Beschränkung der

Begründungen zu erzielen. (III) Auf die nach der Rede des Kanzlers folgende Aussprache hat das indes keinen Einfluß. Die am Dienstag beglaubende Debatte wird wahrscheinlich am Mittwoch fortgesetzt werden. Der Kanzler antwortet bestimmt erst, nachdem sämtliche Interpellationen begründet worden sind. (Rpf.)

Eine verhörrte zweite Auflage des Kaiser-Interdikt.

London, 7. Nov. Der „Times“ wird aus New-York berichtet: Einem gewaltigen Druck nachgebend, verführte der Verleger des Century Magazine die Dezember-Kammer, in der ein Gespräch des Kaisers mit William Bayard Hale fand, den der Kaiser in den nordwestlichen Gewässern auf seiner Jagd empfangen hatte. Während des Gesprächs hatte der Kaiser in freimütiger, aufrichtiger Weise sich über Angelegenheiten von öffentlichen Interesse geäußert.

Berlin, 7. Nov. Von gutunterrichteter Seite wird

dem „Berliner Tagbl.“ gemeldet: Die „Neue Freie Presse“ hat eine Mitteilung gebracht, wernach die Kaiserin und der Kronprinz dem Kaiser gegenüber ihr Entsetzen ausgedrückt hätten über die Beröffenlichung des „Daily Telegraph“. Das Blatt berichtet ferner: Der Reichskanzler habe angesprochen, daß die sämtlichen Reichskammern über die Angelegenheit dem Kaiser vorgelegt würden. Über den ersten Punkt spricht man sich an amtlicher Stelle aus nahegelegenen Gründen nicht aus. Wichtig sei, daß der Kanzler die Anordnung wegen der Reichskammern getroffen habe. Der Kaiser habe diese Reichskammern auch geleitet, wie aus diesen persönlichen Randbemerkungen hervorgeht.

Eine dreihandfreundliche Union Italiens.

Berlin, 7. Nov. Wie dem „Berliner Tagblatt“ aus Wien gemeldet wird, soll für die nächste Zeit eine Aktion Italiens bevorstehen, die dessen unerwartetliches Festhalten am Dreihand vor aller Welt eskalant darthun wird.

Parlamentarische Nachrichten.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 5. Nov.
Am Uche des Bundesrats: Dr. Rieberding, Befeler, Präsident Graf Stolberg eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 15 Min. Er macht Mitteilung von der Mandatniederlegung des Abg. Stöder (christl.-sozial.).
Die Reform des Amtsgerichtsverfahrens.
Die erste Lesung der Novelle zum Gerichtsverfassungsgesetz usw. wird fortgesetzt.
Abg. Dr. von Giese (cons.): Die groß. Reform des Zivilprozesses ist zurzeit noch nicht erreichbar. Nehmen wir einstweilen dieses Stück, es ist dringend notwendig und wird ein Anknüpfungspunkt für die umfassende Reform sein. Die Besorgnisse der Rechtsanwaltschaft wegen Schädigung ihrer wirtschaftlichen Lage gehen wohl etwas zu weit. Hoffen wir, daß sie unbegründet sind, denn wir wissen, wiech einem bedeutsamen Faktor sie in unserem Rechtsleben bedeuten. Neben den Reichsministern dürfen wir auch die Richter nicht vergessen. Die ungenutzte wichtige Geschäftigkeit der Amtsrichter wird durch die Erhöhung der Zuständigkeits-

Rechte doch klar und vollkommen an. Bekrude holte sich um 9 Uhr mit dem Regen ab, und wir führen nach dem Bachhof von Hatherley und dem Vostcombe-Tal.
„Heute morgen ist eine erste Nachricht eingetroffen,“ sprach Bekrude, „es heißt, Herr Turner sei so krank, daß man an seinem Auskommen zweifelt.“
„Wohl ein älterer Mann?“ fragte Holmes.
„Wahrscheinlich ein Sechziger. Der überirdische Rufendhall hat seine Konstitution geschwächt und er trauert seit geraumer Zeit. Dieser Unfall hat ihn überhand genommen. Er war ein alter Freund Mr. Caribys und wie wir scheint sein Wohlwäter, denn wie ich hörte, überließ er ihm Hatherley nachher.“
„Wahrscheinlich! Das ist recht interessant!“ sagte Holmes.
„Ja, er hat Mr. Cariby auch sonst in jeder Weise geholfen. In der Umgebung rühmt jeder, was er alles für ihn tat.“
„Wahrscheinlich? Kommt es Ihnen nicht etwas sonderbar vor, daß dieser Mr. Cariby, der doch sehr unbedeutend war und Turner so viel verbannte, in so unbedeutender und bestimmter Weise von einer Verlobung seines Sohns mit Turners Tochter — der künftigen Gattin — gesprochen hat, als ob dies die einfachste Sache von der Welt wäre. Und dies wird nun so bestrebt, als bekanntlich Turner der Heirat abgeneigt war. Die Tochter gab uns das deutlich zu verstehen. Sagen Sie das nicht auf etwas Ähnliches?“
Wie es Holmes vorausgesehen, regnete es nicht und der

Abenteuer des Sherlock Holmes

von: Conan Doyle.

3) Der geheimnisvolle Mord im Tale von Bostcombe.
(Fortsetzung.) (Nächste verb.)
„Und was erfahst du von ihm?“
„Nichts.“
„Wahrscheinlich er nicht aufzuklären?“
„Gar nicht. Ich neige ich zu der Annahme, er kennt den Täter und wolle ihn oder sie nur schonen, jetzt aber bin ich überzeugt, er weiß so wenig davon, wie die andere. Er scheint nicht gerade sehr aufgeweckt zu sein, macht aber einen angenehmen und gutherzigen Eindruck.“
„Sich Geschmeid aber imponiert mir wenig.“
„Sich ein, wenn es wirklich nicht genügt sein sollte, ein so reizendes Geschick wie Franklin Turner zu heiraten.“
„Das hängt freilich mit einer mäßigen Geschichte zusammen. Der junge Mensch ist bis über die Ohren in sie verliebt, aber vor zwei Jahren, nach che er das junge Mädchen recht kannte, wies er 5 Jahre in der Pension war, sich das Mädchen (das damals kann die Kinderstube angestrichen hatte) in die Rege einer Kellnerin in Bristol und heiratete diese vor dem Standesamt. Rein Mensch weiß davon, und nun begreift du, in welcher hellsten Lage der junge Mann steht. Es geschah aus reiner Verzweiflung,

cher

Nagold,

hat vom
se, Bahn-
ntsgericht,

pr d. 36. in
anzahl Bäume
gehanen und
e, welcher den
ben gerichtlich

nung;

Bauer.

nste in Nagold:
Nov. 1/10 Uhr
Uhr Gh (Herrliche
t.) 1/8 Uhr Er-
Beretshaus.

12. Nov. 8 Uhr
Beretshaus.

lenst in Nagold:
Nov. 9 Uhr Prebalt
Uhr Abfahrt. (9.
in Klaffenfeldt.)

des Standesamts

in Nagold:
in 24. 11. 11. 11. 11.
in 24. 11. 11. 11. 11.



...samte sicherlich gefördert. Wenn auch die Mehrzahl meiner politischen Freunde mit dem Grundsatze des Entwurfs im wesentlichen einverstanden ist, so stimmt sie doch für Kommissionsberatung, um ihn weiter verbessern zu können. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. Spahn (Str.): Nicht alle Argumente, die für die Verlage ins Feld geführt werden, können wir gelten lassen. Der Kardinalpunkt der Vorlage ist der, daß sie glaubt mit Hilfe einer Novellengegebung gänzlich neue Verfahrensarten in den bestehenden Prozeß einzufügen zu können. Da trennen sich unsere Auffassungen. Die Novelle hätte sich darauf beschränken sollen, die Zuständigkeit der Amtsgerichte auf 800 M zu erhöhen, dann wäre sie nicht so hartem Widerstand begegnet. (Sehr richtig im Str.) Hoffentlich bringen wir in der Kommission ein gutes Werk zustande.

Abg. Dr. Klabach (fr. Sp.): Die gestrige Rede des Staatssekretärs war auf einen sehr elegischen Ton gestimmt. Die berühmtesten Theoretiker und Praktiker des Zivilprozesses haben die Vorlage abgelehnt. Die öffentliche Kritik an diesem Entwurfe war voll gerechtfertigt.

Wir müssen die Gehaltung eines durch und durch unparteiischen Richtersstandes, der allen Strömungen des Tages gewachsen ist. Die unantastbare Praktikergewinnhaft hält den Entwurf in wesentlichen Bestimmungen für sehr ansehbar und sehr heranzubehütend. Das schlimmste ist eine unheilbare Halbheit. Juristentag und Anwaltstag haben den Entwurf für eine nicht geeignete Grundlage für die weitere Reform erklärt. Man empfindet das als Richterstandsnotum. Zu den Tagungen der berufenen Vertretung der Landwirtschaft geht der Reichsanwalt in höchst eigener Person. Hätte man die Fühlung gesucht, es wäre anders gekommen. Es wäre ein fundamentaler Irrtum, diese Vorlage hier als Abschlagszahlung anzunehmen, es wäre ja geradezu ein Rückwerk, das uns das Weiterstreben in richtiger Richtung für lange Zeit vollständig verparalysiert. Besonders bedenklich ist die Einschränkung des Anwaltszwanges. Der Entwurf scheint ein totgeborenes Kind. Keine politischen Freunde sind einzig darin, daß der Entwurf nicht nach formalen Gesichtspunkten beurteilt werden darf. Der Vater des Entwurfs ist nicht das Reichsjustizamt, sondern das preussische Justizministerium. Wenn Herr Weiler etwas davon weiß, daß diese Justizreform doch noch zur Annahme gelangt, so lasse er unter allen Umständen zunächst dafür, daß der preussische Hilfsrichter gleichsam anteilig an der Reform teilnimmt, daß die deutsche Rechtspflege auf der Höhe bleibt. (Beifall links.)

Präs. Justizminister Bekker: Die Voraussetzungen für das Rechtsleben haben sich außerordentlich geändert, das bisherige Gesetz reicht nicht mehr aus. Eine allgemeine Regelung der Zivilprozessordnung läßt sich heute noch nicht machen. Es wird noch lange dauern, bis da die nötige Klärung eintritt. Formalistische Gesichtspunkte haben uns nicht geleitet. Die Justizverwaltung hat da ein sehr gutes Gewissen. Wir sind bereit, auf alle Erwägungen aus dem Hause einzugehen und ihnen entgegenzukommen, soweit wir sie für gerechtfertigt halten.

Die Stellung des Einzelrichters war früher sehr unangenehm, weil er nur mit Bogatellen beschäftigt wurde. Diese Stellung hat man durch die Kompetenzerweiterung verbessert. Das Hilfsrichtertum muß möglichst eingeschränkt werden. Nehmen Sie dieses Gesetz an, dann werden wahrscheinlich die Hilfsrichter bei den Oberlandesgerichten verschwinden. Die ausgerichteten Kammer werden durch die Kompetenzerweiterung einen Zuwachs von Arbeit erhalten. 2 Prozent der landgerichtlichen Kammer werden allerdings nicht mehr ihr Auskommen finden. Von den 1000 Kammer Berlin werden vielleicht 20 ihr Domizil ändern müssen. Das sind aber untergeordnete Kleinigkeiten, die den großen Gesichtspunkten weichen müssen. Wir haben nur das Interesse des Publikums wahrzunehmen. (Beifall.)

Abg. Dr. Frank (Soz.): Die Vorlage atmet formalistischen Geist. Es soll viel Geld gespart werden. Mit den allgemeinen Vorlesungen des Staatssekretärs ist nicht viel anzufangen. Früher konnte man sagen: Den deutschen Amtsrichter, den deutschen Beamten, den deutschen Geheimrat macht man uns nicht nach. Heute gibt es aber ganz andere Dinge, die uns niemand nachmacht. (Große Heiterkeit.) Der Entwurf bringt eine Verstärkung und Verschlechterung der Rechtspflege. (Bestimmung bei den Soz.)

Abg. Barenhorst (Sp.): Der Entwurf ist besser als sein Ruf. Er hat große Vorzüge für den Mittelstand und die ländliche Bevölkerung. Verschiedene Handelskammern, der Landwirtschaftsrat und der Ausschuss des deutschen Handwerker- und Gewerksamertages haben dies anerkannt. Durch die Erhöhung der Zuständigkeit bei den Amtsgerichten werden sich auch mehr Kammer an den Amtsgerichten niederlassen. (Beifall rechts.)

Abg. Werner (D. Sp.): Die Erhöhung der Zuständigkeit der Amtsgerichte liegt gerade im Interesse des Mittelstandes. Daher begrüßen wir die Vorlage.

Abg. Dr. Thaler (Str.) lehnt im Namen einer Minderheit des Zentrums die Vorlage prinzipiell ab.

Abg. Dobe (fr. Sp.): Eine genaue Stellungnahme zu der Vorlage, der eine Minderheit der freisinnigen Fraktionsgemeinschaft sympathisch gegenübersteht, wird erst in der Kommissionsberatung möglich sein.

Der Entwurf geht an eine 23gliedrige Kommission. Präsident Graf Stolberg teilt mit, daß die Interpellationen zu dem Kaiser-Interview am Dienstag auf die Tagesordnung gesetzt werden.

Nächst: Sitzung Samstag vormittag 11 Uhr: Beleg. Schluß 6 Uhr.

Kommissionsberatung der württembergischen Schulnovelle.

r. Stuttgart, 7. Nov. Die Volksschulkommission der Zweiten Kammer nahm gestern nachmittag ihre Sitzung wieder auf und trat in die Beratung des Art. 12 der Volksschulnovelle ein, der anstelle der Art. 72-79 des Volksschulgesetzes vom 29. Sept. 1886 veränderte Bestimmungen trifft. Die Beratung beschränkte sich zunächst auf den Art. 72, der nach dem Regierungsentwurf lautet: Die örtliche Aufsicht über die Volksschulen steht der Ortsschulbehörde zu. Sie wird, soweit es keiner kollegialen Beratung und Beschlußfassung bedarf, im Namen der Ortsschulbehörde von dem zum Vorsitz in dieser berufenen Geschäftlichen oder Bezirkschulinspektor ausgeübt. (Vergl. Art. 74 Abs. 1 und 3 und Art. 79 Nr. 1.) Umfaßt die Volksschule eines Gemeindefeldes einen oder mehrere Klassen, so kann die Ortsschulbehörde bestimmte Geschäfte der örtlichen Aufsicht, jedoch mit Ausnahme des Art. 12 am Vorsitz in der Ortsschulbehörde, einem die Befähigung für das Amt eines Bezirkschulinspektors besitzenden Lehrer der Schule unter entsprechender Ermächtigung seiner Unterrichtsverpflichtung zu selbständiger Erledigung übertragen. Die Befugnisse dieser Aufsichtsborgane werden, soweit sie nicht gesetzlich geregelt sind oder nach Abs. 2 im einzelnen Fall einer Anordnung durch die Ortsschulbehörde unterliegen, im Wege der Verordnung bestimmt. Die Ortsschulbehörde ist teils dem Oberamt, teils dem Bezirkschulinspektor, teils dem gemeinschaftlichen Oberamt in Schulachen untergeordnet. In diesem Artikel liegt eine Reihe von Änderungsanträgen vor. — Die Beratung wird heute fortgesetzt.

Tages-Neuigkeiten.

Aus Stadt und Land.

Die ländliche Wohlfahrt- und Heimatspflege begegnet wachsendem Interesse in weiten Volkskreisen. Dementsprechend wurde auch dieses Gebiet auf der 22. Wanderversammlung der deutschen Landwirtschafts-Gesellschaft zu Stuttgart berücksichtigt und von vielen Besuchern besucht. Der Veranstalter dieser Ausstellung, der Deutsche Verein für Wohlfahrt- und Heimatspflege, Berlin SW. 11, Bernburgerstraße 13, hatte das ebenso reichhaltige wie interessante Anschauungsmaterial in 10 Gruppen gegliedert: 1. Zug vom Bande 2. Innere Kolonisation, 3. Arbeiterwohnungen, 4. Gemeindefürsorge, 5. Krankenpflege, 6. Hauswirtschaftliche Schulwesen, 7. Tierzucht, 8. Hausfließ und Hausindustrie, 9. Bildungswesen, 10. Kunst auf dem Lande. Von den vielen Anregungen, die diese Ausstellung gab, möchte ich die wichtigste hervorheben: ein Krankenpflegekasten, genannt „Charlottenpflege“, für unsere Dörfer. Dieser etwa mannshohe Kasten enthält allerlei Pflegemittel, die notwendigen Hilfsmittel für das Krankenlager und Wochbett, Tafeln für erste Hilfeleistungen u. a. m. Er kostet 200 M und sollte in den Dörfern, die weit von Arzt und Apotheke entfernt sind, nicht fehlen.

Sorb, 7. Nov. Wie das „Schw. Volksblatt“ aus zuverlässiger Quelle erzählt, wurde Freiherr von Münch auf Hohemähringen entmündigt.

— Im Reichs Anzeiger erläßt der Vorstand des Soz. Pfarrervereins folgende Erklärung: „Zahlreiche Presberörterungen, die sich an die außerordentliche Mitglieder-Versammlung des Pfarrvereins von 7. Okt. angeschlossen haben, drohen eine Trübung der öffentlichen Meinung herbeizuführen. Der Vorstand sieht sich deshalb veranlaßt, zugleich auf Grund verschiedener aus den Kreisen des Vereins an ihn ergangener Anregungen folgende festzustellen. Es ist gegen den Vorstand der Vorwurf erhoben worden, daß er auf der Mitglieder-Versammlung durch Stellung der Resolutionsfrage die vorgeschlagene Resolution „durchgedrückt“ habe. Dem gegenüber haben wir wiederholt hervor, daß die ganze Resolution auf der Vertrauensmännerversammlung den 6. Oktober nach gründlicher Verhandlung mit 28 gegen 3 Stimmen angenommen, der Antrag des Führers der Minorität mit allen gegen seine Stimme abgelehnt worden ist, daß somit der Vorstand in der Hauptversammlung nicht mehr seine eigene, sondern die Resolution der legitimen Vertretung der gesamten Mitgliedschaft zu vertreten hatte. In der Mitglieder-Versammlung jedoch hat sich die Meinungsverschiedenheit schließlich nur noch auf den einen Punkt beschränkt, ob die von dem Referenten und vom Führer der Opposition übereinstimmend formulierten Aufgaben der Schulpflege vom Pfarrer besser als Mitvorsitzendem der Ortsschulbehörde oder als einfachem Mitglied derselben wahrgenommen werden könnten. Der Vorstand glaubte nun von der durch die Vertrauensmänner festgestellten Formulierung nicht mehr abgehen zu dürfen. Wenn hiebei einzelne seiner Mitglieder die Vertrauensfrage stellen so kann das nach allgemein gültigen parlamentarischen Grundsätzen, zumal mit Rücksicht auf den Ernst der Situation, jedenfalls nicht für illegal gehalten werden. Das übrigens die Mitglieder-Versammlung sich den vorgelegten sachlichen Gründen nicht verschloßen habe, beweist die Abstimmung, die den Antrag der Minorität mit 184 gegen 40 Stimmen ablehnte und sodann die ganze Resolution mit allen gegen 5 Stimmen annahm. Die Unterstellung, daß der Vorstand von anderen als sachlichen Motiven geleitet gewesen sei, weisen wir im Bewußtsein eines guten Gewissens ruhig zurück.“

r. Reutlingen, 8. Nov. In der Abstrafe hat sich ein junger Mensch in die Wohnung einer Politiere, während diese gerade im Parterrestock einen Besuch machte, eingeschlichen, den Sekretär erschrocken und über 300 M ge-

hohlen. Als er von einem Hausbesitzer beobachtet wurde, gab er sich als Flüchtling aus und jähelte sich harmlos eine Pistole an, verließ das Haus und entwich.

Worms, 7. Nov. Im Schlosspark wurde eine mannshohe, runde, feinerne Säule aufgefunden und in einer Baumgruppe aufgestellt. Sie ist schon für einen Ueberrest aus der Zeit der Römerherrschaft gehalten worden. Vermutlich aber ist sie neueren Datums und von dem Erbauer des Schlosses, einem eifrigen Sammler von Altertümern, hierher gebracht worden.

r. Ulm, 7. Nov. Hart muß des Lebens Not eine Frau angefaßt haben, die hier vor einigen Tagen in einer Anzahl von Häusern ihr kleines Kind heimlich feilbot. Anscheinend gehörte die Frau zu umherziehenden Leuten. Sie fragte in einigen Häusern, ob man ihr das Kind, das sie auf dem Arm trug, nicht abnehmen wolle. Für die Übergabe des Kindes verlangte sie 10 M. Viehhändler hat sie keinen gefunden.

r. Friedrichshafen, 7. Nov. Auf dem Dampfer Kustria ist ein Heizer von der Maschine erfahrt und so schwer verletzt worden, daß die Fingerringe aus dem Rinde hervortraten. Man glaubt nicht, daß er mit dem Leben davonzukommen wird.

Zeppelin.

Friedrichshafen, 7. Nov. (Tel.) (12 Uhr mittags.) Graf Zeppelin ist mit dem deutschen Kronprinzen, der heute früh hier angekommen ist, um 11.20 Uhr aufgestiegen und landeinwärts gegen Norden gefahren. Am Aufstieg beteiligten sich Graf Zeppelin, der Kasse des Grafen, Kronprinz Wilhelm, sein Adjutant Oberleutnant v. Oppen, die Oberleutnants v. Bir und v. Nislat. Das Luftschiff wird gegen 5 Uhr wieder zurückkehren. Die Rückfahrt wird der Kronprinz morgen abend die Rückreise antreten.

Telephonische Meldung.

Donauessingen, 7. Nov. (Nachm. 3 Uhr.) Zeppelin fuhr über Ueberlingen, Egen, durch das Donautal und traf um 1 Uhr 40 Min. hier ein, kreuzte über der Stadt, bis um 2 Uhr der kaiserliche Sonderzug eintraf. Nachdem der Kaiser mit dem Luftschiff Gräbe ausgetauscht hatte und ins Schloß gefahren war, fuhr Zeppelin wieder in der Richtung nach dem Bodensee weiter.

Friedrichshafen, 7. Nov. Graf Zeppelin ist mit dem Kronprinzen über Egen, Radolzell, Rosauzug zurückgefahren und nach 6 1/2-stündiger Fahrt um 5 Uhr 50 Min. glatt gelandet.

Donauessingen, 7. Nov. Als der Kaiser mit dem Führer von Fürstberg im Schloß angekommen war, nahm er auf der Terrasse Aufstellung. Der Kronprinz warf aus der Gondel seinem kaiserlichen Vater einen Brief herunter. Der Kaiser verfolgte die Ränder des Luftschiffes mit scharfem Interesse, bis dieses wieder um 2 Uhr 20 Min. in südöstlicher Richtung dem Bodensee zu dem Blick entschwand.

Friedrichshafen, 7. Nov. Auf der Rückfahrt von Egen über Immershaad fuhr der Kronprinz selbst das Steuer und ließ das Luftschiff bald links, bald rechts schwenken. Daraus erklärt es sich, daß zur Rückfahrt bedeutend längere Zeit gebraucht wurde als zur Einfahrt nach Donauessingen. Einmal — so wird erzählt — war das Luftschiff im Nebel so tief herabgegangen, daß man plötzlich Bäume anstehen sah und nur das prompte Reiben der Höhensteuer einen unangenehmen Zwischenfall vermeiden konnte. (Rsp.)

Friedrichshafen, 7. Nov. Der Empfang in Friedrichshafen. Als der Kronprinz und Graf Zeppelin nach der Bergung des Luftschiffes vor dem Deutschen Haus eintrafen, wurden sie von einer großen Menschenmenge, die gebuldig der Rückkehr gehorcht hatte, mit brandendem Jubel und immer enden wollenden Hochrufen empfangen. Entblößten Hauptes hand die Menge auf der Straße und sang: „Deutschland, Deutschland über alles“. Mehrmals erschien der Kronprinz am Fenster, um der Menge für ihre Guldigung zu danken. Stets brachten von neuem Hochrufe in den stillen Abend klang. Wahrscheinlich enthieltlich waren die Ovationen, die sich immer und immer wieder erneuerten.

Die Fahrt im Automobil.

Friedrichshafen, 7. Nov. Kaltes, rauhes Wetter mit frischer Nordbrise war: es über dem See, als das Luftschiff mit dem Kronprinzen in der Gondel die Halle verließ. Schwer schien das Fahrzeug anfangs gegen den Wind anzukommen, und wir meinten, leicht in unserem Auto, in dem ein Flaggensignalfeld die Verbindung mit dem Luftschiff zu unterhalten suchen sollte, folgen zu können, aber es war schwierig. 30 Pferdekraften sind kaum dazu imstande, wie wir bald merkten. Schnell und sicher durch-eilte droben das majestätische Schiff seine Bahn, denn es hat eine fast ganz ruhige Luftschicht in einer Höhe von etwa 300 m gefunden, die seine Fahrt nicht hemmte. Wir sahen hinterher, so schnell es gehen wollte, durch Dörfer und Wälder, mühsam über Steigungen, wie der Vogel in der Ebene. Stets dem Luftschiff nach in dem grauen Nebel-Ordnung des November, neidisch und unerschrocken, wie das Bild vor uns hergeschwebte. Überall in den Ortschaften, auf den Höhen standen die Menschen drängen auf der Straße und starrten in die Luft, wo wir passierten, schrien sie: Hurra! Es war Freude, denn ihr Herz war offenbar bei dem Denkmal, der uns bestieg. In gewundenen Dorfstraßen aber setzten wir es wieder zu. Ein Luftschiff hat eben den Versuch, den geraden Weg durch die Luft zu wählen zu können. Hinter Ueberlingen endlich brachten lange gerade Straßen uns an das erst hie: Ziel heran. Ja, wir überholten sogar

das Luftschiff
seits tront
Eine kleine
Bild liegen
und weg.
Schwebte
Stodach
Röhe, es
falt Lager
Schiff ent
Hier vern
Ihe Dona
peisen er
Aus dem
hatte man
gung man
Ehoffen
jurid. R
wartete m
1/6 Uhr
aufleuchten
Raßland
leg dann
Runde (S
zusammen
fürmische

Bau
Beig

Mittw

auf hief. B
waid Ab
Abt. 4/9
945 S
3 3
3
192
6
299
19
Den 5



